

Wien, am Dienstag, den 11. Dezember 1923. Abendausgabe.

Die Beratungen des Voranschlages. Heute wurden die Verhandlungen über den Hauptvoranschlag der Gemeinde für das Jahr 1924 im städtischen Finanzausschuss fortgesetzt. Es wurden die Gruppen Personalangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, sowie Wohnungswesen und Sozialpolitik angenommen. Bei der Beratung des Voranschlages der Gruppe Personalangelegenheiten verwiesen die Vertreter der Minderheit auf die Einschränkung der politischen Rechte der städtischen Angestellten durch die gegenwärtige Gemeindeverwaltung. Stadtrat Speiser entgegnete, dass eine solche Einschränkung im Gegensatz zur früheren Verwaltung jetzt nicht nachgewiesen werden könne, was auch daraus herausgehe, dass bei den letzten Wahlen eine sehr grosse Zahl von Gemeindeangestellten für den Gemeinderat und Bezirksrat <sup>christlichsozial</sup> kandidiert habe und in allen Bezirksvertretungen und auch im Gemeinderat christlichsoziale Mandatäre sich befänden, die aktive städtische Angestellte sind. Bei der Verhandlung des Voranschlages für die Verwaltungsgruppe Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge wurde die von der Gemeindeverwaltung verfügte Herausnahme der Kinder aus den geistlichen Anstalten erörtert. Amtsführender Stadtrat Professor Tandler gab zunächst ein Bild der überaus umfangreichen Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiete der Fürsorge und führte aus, dass es sich bei der Entfernung der Kinder aus solchen Anstalten nicht um eine Frage der Politik handle, sondern um die Anwendung des Grundsatzes der Familienerziehung und Familienpflege. Die Gemeinde nehme auch die Kinder nicht nur aus den katholischen Anstalten heraus, sondern entferne sie auch aus den anderen konfessionellen Instituten. Die Gemeinde erhalte rund achttausend magistratische Pflegekinder, von denen gegenwärtig mehr als viertausend auf dem flachen Lande bei Bauern untergebracht sind. Würde die Stadtverwaltung dabei politische Absichten verfolgen, so müsste sie diese Kinder auch dort wegnehmen, da sie wohl kaum in diesen Kreisen sozialistisch erzogen würden. In der letzten Zeit habe die Gemeinde auch ihre Pflegekinder zu Siedlernegeben, weil anzunehmen sei, dass sie dort weitaus besser untergebracht sind, als in den Mietkasernen. Nach den Mitteilungen des Sektionschefs Dr. Haberler werden sich diese Kinder dort günstig entwickeln, weil schon die günstigeren Wohnungsverhältnisse dies voraussetzen lassen. Diese Kinder werden übrigens besonders überwacht. Die von der Minderheit vorgebrachte Befürchtung, dass bei den Siedlern die magistratischen Pflegekinder vielleicht zu schweren Gartenarbeiten verwendet werden würden, sei kaum begründet, da schon die kleine zu bearbeitende Grundfläche dies ausschliesse. Die Verhandlungen über die Gruppe Wohnungswesen und Sozialpolitik wurde von dem amtsführenden Stadtrat Weber eingeleitet, der vor allem darauf verwies, dass die Gemeinde im Jahre 1924 mehr als achttausend Wohnungen errichten wird, wodurch die wirklichen Notstandsfälle erledigt werden können. Es gäbe freilich auch künstlich durch gewollte Delogierung herbeigeführte Notstandsfälle, die aber das Wohnungsamt genau prüfen um die wirklichen Wohnungsbedürftigen zu schützen. Gegenwärtig sei die Beschaffung von Wohnungen die wichtigste sozialpolitische Aufgabe, die auch von der Gemeinde mit allen zur Verfügung stehenden Mittel und mit dem ehrlichen Willen die grosse Wohnungsnot zu beseitigen, durchgeführt werde.

Die Beratungen wurden hierauf nach viereinhalbstündiger Dauer abgebrochen und werden morgen Mittwoch nachmittags fortgesetzt. Zu erledigen sind noch die restlichen vier Verwaltungsgruppen für technische Angelegenheiten, für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und für die städtischen Unternehmungen. Schliesslich muss der Finanzausschuss auch noch die neuen Steuererhöhungen beraten. Erst nach Abschluss dieser Verhandlungen kann sich der Stadtsenat mit dem Hauptvoranschlag beschäftigen.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 11. Dezember 1923.

-----  
Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters hat gestern amts-führender Stadtrat Speiser dem goldenen Hochzeitspaare Karl und Fran-ziska Ullrich, XIII. Lainzerstrasse 161 die Ehrengabe der Gemeinde Wien überreicht.

-----  
Die Gas- und Strompreise. Der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen hat in seiner gestrigen Sitzung die Gas- und Stromprei-se für die Ableseperiode vom 15. bis 22. Dezember bestimmt. Es bleiben die Preise unverändert, so dass ein Kubikmeter Gas 1900 Kronen und eine Hektowattstunde Lichtstrom 490 und eine Hektowattstunde Kraft-strom 270 Kronen kostet.

-----  
Was die Gemeinde an Baustoffen verbraucht. Die umfangreiche Bautätig-keit der Gemeinde kommt auch einem gesteigerten Umsatz an Baustoffen zum Ausdruck. Wie gross die Mengen der wichtigsten Baumaterialien, die in den ersten neun Monaten dieses Jahres verbraucht wurden, sind zei-gen einige Zahlen. So wurden nicht weniger als 6500 Waggons Schotter und Bausand, 6500 Waggons Ziegel, 150 Waggons Walzeisen, Gussmaterial und Blech, 2400 Waggons Zement, 320 Waggons Gips und Gipsschlacken-steine in diesen neun Monaten für Gemeindebauten verbraucht. Dazu kommen aber noch 30 Waggons Dachpappe und Teerprodukte, 70.000 Kilo-gramm Farbstoffe, Firnis und Farben, 25.000 Quadratmeter Glas und 500 Waggons verschiedene Baustoffe, so dass insgesamt die Gemeindeverwal-tung vom 1. Jänner bis 30. September dieses Jahres rund 16.500 Waggons Baumaterialien verbraucht hat. Allein im Monat August belief sich der Baustoffumsatz auf 2500 Waggons. Da im kommenden Jahre noch eine weitaus umfangreichere Bautätigkeit durch die Gemeinde erfolgen wird, werden sich diese Zahlen schon in den nächsten Monaten stark steigern.

-----  
Der Neubau der Brigittabrücke. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurden die Kosten für den Neubau der Brigittabrücke für das Jahr 1924 genehmigt. Die öffentliche Ausschreibung wegen der Anbote für diesen Bau, der einem dringenden Verkehrsbedürfniss entspricht und der in ähn-licher Art wie die modernen Brücken am Donaukanal ausgeführt wird, er-folgt in den nächsten Tagen. Die Kosten des ganzes Baues betragen unge-fähr 42 Milliarden Kronen.

-----